

Ina Leukefeld

Beitrag zum Thema Streitfall ÖBS

Ein Plädoyer für den Öffentlichen Beschäftigungssektor

In der LINKEN spitzt sich der Streit um den Öffentlichen Beschäftigungssektor als zukunftsfähiges Projekt des sozialökologischen Umbaus zu. Das ist bedauerlich, weil damit ein wirkliches Zukunftsprojekt gefährdet ist. Dahinter verbergen sich offensichtlich doch unterschiedliche Auffassung und Strategien innerhalb der LINKEN zum politischen Agieren in der Gesellschaft und zur Veränderung der Realität.

Worum geht es?

Bereits in der PDS wurde der ÖBS als Projekt entwickelt, (und in MeckPom und Berlin real praktiziert) um der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken und damit vielen Menschen eine Alternative zu geben. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt: Die Betroffenen profitieren nicht von der wirtschaftlichen Erholung, ihr Potenzial und ihre Ressourcen liegen brach. Gleichzeitig wird gesellschaftlich wichtige Arbeit nicht erledigt, wird Personal im Öffentlichen Dienst angesichts der desolaten Kommunal- und Staatsfinanzen weiter abgebaut. Langzeitarbeitslose werden in geringfügiger Beschäftigung und entwürdigenden „Ein-Euro-Jobs“ auf Trab gehalten und schlichtweg ausgebeutet. Wir wollen mit dem ÖBS sinnvolle, längerfristige und tariflich bezahlte, mindestens aber existenzsichernde Arbeit schaffen und dabei die sozio-kulturelle Infrastruktur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Das Gegenargument ist, dass eine Verquickung von zivilgesellschaftlichen Aufgaben mit der Arbeitsmarktpolitik nicht sinnvoll sei. Sie helfe weder den Erwerbslosen noch würde sie dazu beitragen, dass die sozialen Leistungen zivilgesellschaftlicher Träger besser erledigt werden. Deren Aufgaben und Tätigkeiten würden durch einen ÖBS massiv entwertet.

So heißt es in der Begründung zu einem Änderungsantrag der AKL zum Programmentwurf: „Die im Programmentwurf als Mittel zur Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit aufgeführte ÖBS ist für diesen Zweck gänzlich ungeeignet. Er ist Ausdruck der Hartz IV-Logik, der Spaltung der Erwerbslosen und wird daher abgelehnt.“

Ich frage: Was für ein Menschenbild steckt dahinter und welche Rolle spielen die betroffenen Menschen, die sich aus ihrer Notlage und in Ermangelung tatsächlicher Alternativen oft in „Arbeit um jeden Preis“ verdingen.

Ich sage: Arbeit finanzieren, Menschen qualifizieren und eine Perspektive geben, das ist besser als Langzeitarbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung.

Infolge von Hartz IV hat sich eine tiefe Spaltung des Arbeitsmarktes vollzogen, prekäre Beschäftigung und permanente Erosion des Normalarbeitsverhältnisses ist allgegenwärtig. Gewerkschaften und Linke sind mit ihren Positionen im Arbeitskampf nicht in der Offensive. Wir erleben vor dem Hintergrund tiefgreifender Veränderungen der Produktivkräfte durch Informations- und Kommunikationstechnologien, dem zunehmenden Druck der Krisenbewältigung unter den Bedingungen des Finanzmarktkapitalismus eine grundlegende Veränderung der Arbeitsgesellschaft.

Angesichts dieser Tatsache taugen die Antworten der sechziger und siebziger Jahre nicht. Die Welt so sehen, wie sie ist (F. Engels) und sie zu verändern, das ist Aufgabe der LINKEN.

Hier und Heute brauchen wir Lösungen, die Menschen nicht ausgrenzen, ihnen Hoffnung und Perspektive geben.

Wenn in der Begründung des Änderungsantrages der AKL formuliert wird: „ Und wenn sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dahingehend verändert haben, dass eine Abschaffung von Hartz IV durchgesetzt wäre, sollte die Konzentration nicht auf der Einrichtung weiterer Arbeitsmärkte liegen, sondern auf der Schaffung von regulären, tariflich entlohnerten, mitbestimmten und unbefristeten Stellen im öffentlichen Dienst und auf dem ersten Arbeitsmarkt für alle.“

Das ist keine Antwort, im Gegenteil, es trübt den Blick für die Zukunft. Sie deckt sich übrigens mit den Positionen der Konservativen, die Beschäftigungsförderung ablehnen und wenn, dann nur als Subvention für Unternehmen. Wir wollen nicht weitere Arbeitsmärkte etablieren, sondern ARBEIT finanzieren, wo immer sie nötig und sinnvoll für das Gemeinwesen ist. Deshalb sollten wir darüber diskutieren, was uns Arbeit jenseits der Produktion materieller Güter Wert ist (Sozialwirtschaft, Bildung, Naturschutz, Kultur) und wie sie finanziert wird. Ohne Umverteilung des Reichtums (siehe unser Steuerkonzept) geht das nicht. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Entwicklungsperspektiven zwischen Markt und Staat mit dem Ziel der Stärkung des Öffentlichen statt Privatisierung. In diesem Zusammenhang ist die Beschäftigung im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen eine echte Chance.

Da allerdings stellt sich die Frage: Was erwartet die Linke vom Staat und welche Rolle soll er in einem transformatorischen Prozess spielen, der auf sozialökologischen Umbau, auf Emanzipation und Selbstverwirklichung, auf Dezentralität und mehr direkte Demokratie gerichtet ist. Kann dieser Prozess „von oben“ – also von „Staats wegen“ funktionieren oder sollte dahinter nicht die Idee der LINKEN stehen, dass von den Menschen selbst organisierte, sozial und ökologisch nützliche Arbeit bei grundlegender Absenkung der Lebensarbeitszeit ein entscheidender emanzipatorischer Ansatz ist.

Dazu bedarf es nicht eines starren, hierarchisch organisierten Öffentlichen Dienstes, sondern vor allem zivilgesellschaftlicher Akteure wie Vereine, Verbände, Genossenschaften und Bürgerinitiative, die weit mehr sind als Stellen im Öffentlichen Dienst. Wer nach Alternativen sucht und neue Formen selbst verwalteter Arbeit (einschließlich lokale Initiativen solidarischer Ökonomie, Genossenschaften und Kooperationen) entwickeln will, der darf sich diesem Weg nicht verschließen.

„Die Stärken von zivilgesellschaftlicher Verankerung – wie zum Beispiel der flexible Wandel entsprechend der sich verändernden Bedarfe, Bürgernähe und die Beteiligung bürgerschaftlichen Engagements, flache Hierarchien sowie basisdemokratische Teilhabe und Mitbestimmung, sollten kombiniert werden mit Standards wie der tariflichen Ausgestaltung von Arbeits- und Einkommensbedingungen.“, so sagt es ein Antrag aus Sachsen – Anhalt, der sich für den ÖBS ausspricht. Selbstverständlich muss das durch verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen unterstützt werden, deren Einhaltung und finanzielle Ausstattung der Staat sichern muss.

Die LINKE sollte festhalten an der Forderung nach einer wirklichen Etablierung eines Öffentlichen Beschäftigungssektors.

Die gegenwärtigen Möglichkeiten zur Finanzierung von gemeinwohlorientierter Arbeit sind zwar vielfältig, aber davon meilenweit entfernt. Im Gegenteil: Wer Bürgerarbeit ausschließlich als Abstellgleis für Langzeitarbeitslose, so genannte arbeitsmarktferne Schichten, konzipiert, verfehlt die eigentliche Aufgabe im doppelten Sinne. Einerseits wird massenhaft notwendige Arbeit schon lange nicht mehr geleistet, was zu erheblichen Verwerfungen und zusätzlichen Kosten im volkswirtschaftlichen Sinne führt. Dabei ist soziale, kulturelle und ökologische Arbeit im Sinne von öffentlicher Daseinsvorsorge gemeint. Die Frage ist nicht entweder Öffentlicher Dienst oder Öffentlicher Beschäftigungssektor, sondern beide Wege sind wichtig.

Richtig ist, dass der ÖBS zur Sicherstellung normaler öffentlicher Dienstleistungen nicht missbraucht werden darf. Allerdings zeigt die reale Entwicklung, dass sich die Kommunen bzw. nach dem Subsidiaritätsprinzip Freie Träger auf Grund ihrer finanziellen Lage schon lange kaum noch außerhalb des Bereiches der Pflichtaufgaben bewegen können. Das verstärkt die Forderung nach ÖBS und dabei geht es um „wirkliche“ Arbeit, nicht um minderwertige oder „Ersatzarbeit“.

Deshalb hat der Thüringer Landesvorstand einen Änderungsantrag zum Programmentwurf beschlossen, der folgenden Wortlaut trägt:

„Der Öffentliche Beschäftigungssektor bleibt für DIE LINKE eine wichtige Zielsetzung. Die Entwicklung eines Nonprofit-Bereichs, den wir nicht im Gegensatz und/oder als Konkurrenz zum öffentlichen Dienst sehen, muss eine stärkere Rolle spielen. Konzeptionell geht es darum, einen gesellschaftlichen Konsens herbeizuführen, der aussagt, es ist sinnvoller, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Kriterien für die Etablierung eines solchen Öffentlichen Beschäftigungssektors sind für uns: existenzsichernde Entlohnung, sozialversicherungspflichtige Entlohnung, weitgehend unbegrenzte, mindestens aber über mehrere Jahre reichende Arbeitsverhältnisse und Freiwilligkeit. Zugleich muss er jedoch auch in seiner Rolle als wirklicher Dienstleister für die gesamte Gesellschaft wieder wirksam werden.“